



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 1 35. Jahrgang März 1991

Was ist Friede?

Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein. Das hat der Golfkrieg mit seinen Auswirkungen auf die Umwelt und dem Tötungspotential moderner Waffen erneut eindeutig belegt.

Aufgabe der Politik muß es sein, überall auf dieser Welt den Frieden zu sichern oder Frieden zu stiften. Krieg und Gewalt müssen als Mittel der Politik überwunden werden.

Alle Massenvernichtungsmittel (-Waffen) sind zu beseitigen.

Zu verurteilen sind alle, die durch den Export von Waffen und technischen Anlagen, um Waffen zu produzieren, zur Aufrüstung beitragen und damit Kriege möglich machen.

Rüstungsexport muß verboten werden. Der Artikel 26 unseres Grundgesetzes muß praktiziertes Recht werden.

Rüstungsexport muß unter Strafe gestellt werden, bis hin zur Enteignung von Industrieanlagen.

Unser Grundgesetz verpflichtet das Eigentum dem Gemeinwohl und nicht zur Vorbereitung von Massenmord.

Nicht Aufrüstung ist gefragt, weder bei den arabischen Staaten noch bei der "Dritten Welt".

Der "Dritten Welt" ist durch Aufrüstung nicht zu helfen. Dort müssen Hunger beseitigt, Kindersterblichkeit verhindert, soziale Sicherung geschaffen und Ausbeutung beendet werden.

Soziale Aufrüstung, Hilfe zur Selbsthilfe, Verzicht auf einen Teil des Reichtums der Industriestaaten sind Wege zur Lösung des Nord-Süd-Konflikts.

Wir dürfen es nicht soweit kommen lassen, daß sich immer mehr Länder und Länder der sogenannten "Dritten Welt" ABC-Waffen verschaffen. Am Ende stünden viele "Iraks".

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Artikel 26 (Friedenssicherung)

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Frieden ist umfassend zu sehen. Er ist nicht nur der Zustand nach einem Krieg oder zwischen Kriegen. Frieden muß dauerhaft sein.

Was heißt eigentlich Frieden?

Frieden heißt:

- Keine organisierte, offene Gewalt!

Kein Krieg ist erste und grundsätzliche Voraussetzung eines Friedens. Doch kein Krieg bedeutet noch nicht, daß Frieden ist, denn es gibt auch da, wo kein Krieg ist, Unfrieden in Form offener, organisierter Gewalt. Folter und offene Unterdrückung von Minderheiten sind Beispiele dafür. Die Beseitigung solcher Gewalt ist Voraussetzung für den Frieden.

Frieden heißt:

- Keine strukturelle Gewalt!

Gewalt kann nicht nur offen, sondern auch heimlich, schleichend, aber nicht minder tödlich vorhanden sein.

Überall dort, wo Menschen Lebensrechte vorenthalten werden, wo Menschen durch gesellschaftliche Strukturen an ihrer Entwicklung gehindert werden, spricht man von struktureller Gewalt. Wo es strukturelle Gewalt gibt, kann kein Friede sein.

Frieden heißt:

- Soziale Gerechtigkeit verwirklichen!

Die Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie in der UN-Charta festgelegt sind, und die damit verbundene Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit sind Schritte zum Frieden.

Frieden heißt:

- Selbstbestimmung und Mitbestimmung verwirklichen!

Zu den Grundbedürfnissen des Menschen gehört es, daß er an den Entscheidungen über sein Leben und seinen Alltag mitbestimmen kann. Wo die Möglichkeit und die Befähigung zur Selbstorganisation und Mitbestimmung verhindert wird, kann nicht von Frieden gesprochen werden.

Frieden heißt:

- Gewaltfreie Konfliktlösungen praktizieren!

Ein Leben und Zusammenleben ohne Konflikte ist undenkbar, da verschiedene Menschen und Gruppen unterschiedliche Interessen haben. Konflikte sollen deshalb nicht verschleiert und unterdrückt, sondern offengelegt und gewaltfrei ausgetragen werden.

Frieden heißt:

- Solidarisch leben!

Persönliche Friedensfähigkeit setzt die Fähigkeit zur Solidarität, zu Toleranz und Gesprächsbereitschaft voraus; ebenso den Verzicht auf gewalttätige Verhaltensweisen, auf Vorurteile und Feindbilder.

Frieden heißt:

- Ökologisch leben!

Frieden ist nur durch ein Leben in und mit der Natur möglich. Friede ist nicht vereinbar mit der Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Frieden heißt:

- Alle Menschen einbeziehen!

Frieden kann nicht als Seelenfrieden oder persönlicher Friede auf Kosten anderer verwirklicht werden. Friede ist unteilbar, muß tendenziell die Interessen aller umfassen, muß die Sorgen, Ängste, Nöte der anderen ernst nehmen.

Was ist Friede?

Friede ist kein Zustand, sondern ein Weg, den wir alle gehen müssen!

Friede ist also kein anzustrebender Zustand, der in ferner Zukunft erreicht wird, sondern ein Prozeß, bei dem es darum geht, Gewalt in allen ihren Ausformungen abzubauen und Menschlichkeit zu verwirklichen.

Für eine friedliche Zukunft brauchen wir eine umfassende Friedenspolitik.

Aus der Vernetzung sehr unterschiedlicher Friedensgefährdungen folgt, daß Friedenspolitik mehr verlangt als Krisenmanagement und Rüstungskontrolle. Friedenspolitik ist auch Entwicklungspolitik und Weltordnungspolitik, Umwelt- und Verteilungspolitik, Politik zum Schutz der Menschenrechte und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen. Sie muß der Vertrauensbildung zwischen den Staaten ebenso dienen wie dem Abbau von Vorurteilen zwischen den Menschen.

Oberstes Ziel der Friedenspolitik ist die dauerhafte Kriegsverhütung. Diesem Ziel könnte man vier Unterziele zuordnen:

Rüstungskontrolle und Abrüstung, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen aller Gesellschaften, Überwindung von Unterentwicklung, Demokratisierung der Politik auf nationaler und internationaler Ebene.

Karl-Heinz Jungmann

Aktueller Begriff

Kurden

Mit rund 20 Millionen Menschen bilden die Kurden im Nahen Osten eines der größten Völker, denen das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird. Erschwert wird ihr Kampf um die grundlegenden Völkerrechte durch die Aufteilung auf die vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien. Außerdem leben in der UdSSR etwa 300.000 Kurden, zumeist Flüchtlinge aus der Türkei. Der genaue Ursprung des kurdischen Volkes, das zur iranischen Sprachfamilie gehört, verliert sich im Dunkel der Geschichte. Zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert wurden die Kurden zwangsislamisiert; heute gehören die meisten zu den sunnitischen Moslems. Die Tatsache, daß die Kurden ein eigenes Volk mit eigener Geschichte, einer eigenen Kultur und einer eigenen Sprache sind, wird von den vier Ländern beharrlich geleugnet.

Starke Unterdrückung widerfährt den Kurden in der Türkei, wo sie ihre Identität als Kurden leugnen müssen, um nicht wegen "separatistischer Propaganda" ins Gefängnis zu kommen. Stattdessen gelten sie im offiziellen Sprachgebrauch als "Bergtürken". Mitte der 80er Jahre verschärfte sich die Situation durch den Befreiungskampf der marxistisch-leninistischen Kurdischen Arbeiterpartei, PKK, die einen unabhängigen Kurdenstaat anstrebt.

In die Schlagzeilen der Tagespresse gerieten die Kurden, als der Irak Ende Februar 1988 in der kurdischen Stadt

Halabja Giftgas einsetzte. Im Juli wurden weitere Dörfer mit den international geächteten C-Waffen bombardiert. 120.000 Kurden blieb nur die Flucht in die Türkei, etwa 10.000 starben einen qualvollen Erstickungstod. Die Gesellschaft für bedrohte Völker machte zwölf deutsche Firmen für die irakische Giftgasproduktion mitverantwortlich. Die Regierung in Bagdad versuchte darüber hinaus, den kurdischen Widerstand durch Zwangsumsiedlungen endgültig zu brechen.

Quelle: Ludwig, Clemens: "Bedrohte Völker". Ein Lexikon nationaler und religiöser Minderheiten, München 1990, S. 124-128.

VKSE

Die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) haben zum Ziel, die militärische Konfrontation zu vermindern und die Sicherheit für alle zu erhöhen. Durch

- Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts auf niedrigem Niveau;
- Beseitigung von Ungleichgewichten;
- Beseitigung der Fähigkeit zur Auflösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großräumiger Offensiven.

Die Vorschläge zur VKSE haben die NATO und der Warschauer Pakt am 9. März 1989 vorgelegt. Der Warschauer Pakt hat seinen zunächst sehr allgemein gehaltenen Vorschlag in vier weiteren Vorschlägen im Laufe des Mai 1989 konkretisiert und sich dabei dem westlichen Vorschlag vom 9. März 1989 sehr angenähert. Die NATO hat am 29. Mai 1989 auf Initiative von US-Präsident George Bush auf der Brüsseler Nato-Gipfelkonferenz ihren schon sehr detaillierten Vorschlag vom 9. März 1989 erweitert und ist dabei auf östliche Forderungen zur Einbeziehung von Kampfflugzeugen, Kampfhubschraubern und Personalstärken eingegangen.

Die Vorschläge orientieren sich im wesentlichen an den fünf von der NATO vorgeschlagenen Regeln:

1. Gesamtbergrenzen für Hauptwaffensysteme (Kampfpanzer, Infanterie-Kampffahrzeuge und Artillerie); mit den neuen Vorschlägen von Ende Mai 1989 erweitert durch Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber sowie Personal.
2. Hinlänglichkeit: Obergrenze für den Gesamtbestand eines einzelnen Staates.
3. Stationierungs-Streitkräfte: Obergrenze für Streitkräfte, die auf dem Territorium von Bündnispartnern stationiert sind.
4. Zwischenobergrenzen / Regionen
5. Maßnahmen zu Informationsaustausch, Stabilität und Verifikation.

Quelle: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages.

Steuern: Lügen haben kurze Beine

Zu den Bonner Steuerplänen meinte kürzlich die "Frankfurter Rundschau": "Die Bonner Koalitionäre haben nun die Wahl zwischen dem Vorwurf des absichtlichen Betrug oder der schlichten Blind- und Dummheit."

Unter Bruch aller Wahlversprechen wird ohne Hemmungen abkassiert:

- * 4 Milliarden DM mehr Telefongebühren.
- * 22 Milliarden DM mehr Sozialversicherungsbeiträge
- * 46 Milliarden DM mehr Steuern.

Betroffen sind die Verbraucher, die höhere Telefongebühren nicht auf höhere Preise abwälzen können.

Betroffen sind die Arbeitnehmer von 58% höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträgen.

Betroffen sind die Kleinverdiener vom 7,5% Lohnsteuerzuschlag genauso wie die Generaldirektoren, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Betroffen sind die Pendler von der um 22 bis 25 Pf. steigenden Mineralölsteuer für Benzin.

Betroffen sind alle Verbraucher von höheren Heizölsteuern, Gassteuern, Tabaksteuern, Versicherungssteuern.

Die Lasten werden zutiefst ungerecht verteilt: Allein die Lohn- und Einkommensteuererhöhungen und die Anhebung der Arbeitslosenversicherung belasten einen Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von 40.000,- DM mit 587,10 im Jahr (Steuerklasse 3, keine Kinder). Ein Selbständiger kommt mit weniger als der Hälfte davon: 287,10 DM.

Natürlich wissen wir: Die deutsche Einheit kostet viel Geld.

Wir wollen, daß die drängenden Aufgaben finanziert und die Lasten gerecht verteilt werden.

Aber: Wo bleiben die drastischen Kürzungen bei den Subventionen und den Rüstungsausgaben? Warum werden 100 Mrd. DM für den Jäger 90 ausgegeben, statt für die neuen Bundesländer?

Es ist ein Skandal: Die kleinen Leute werden geschröpft, die Unternehmen und Großverdiener bekommen Steuergeschenke.

Durch die Streichung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer verdienen 700.000 Reiche und Superreiche 7 Milliarden DM pro Jahr. Weitere 28 Milliarden DM will man ihnen in den kommenden Jahren zuschanzen. Die Masse der Verbraucher soll dagegen ab 1993 mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer belastet werden.

Den dreisten Bruch der Wahlversprechen nehmen wir nicht hin. Dieses ungerechte und unmoralische Steuer- und Abgabepaket muß vom Tisch!

Dieter Hooge

Kommentar

Ein Bären dienst an der Demokratie

Kaum 1/4 Jahr ist seit der ersten gesamtdeutschen Wahl nach mehr als 45 Jahren vergangen, schon wirft sich die Frage auf, ob die Wähler betrogen wurden.

Die deutsche Einheit, die für viele kaum noch realisierbar schien, kam plötzlich über Nacht. Und mit ihr die Hoffnung der Bürger der ehemaligen DDR auf schnelle Verbesserungen in wirtschaftlichen und politischen Belangen.

Die Freude über die Einheit versperrte zuweilen den Blick für die Probleme, die es nach 40 Jahren Mißwirtschaft und politischer Bevormundung zwangsläufig geben mußte. Man dachte eher daran, Hoffnung zu nähren und dabei kritische Stimmen als Nestbeschmutzer zu diffamieren. Es galt, mit einem schnellen - übereilten- Wahltermin die Situation zu nutzen.

Schnell waren Slogans gefunden, die so griffig wie kurzsichtig waren.

Keinem wird es schlechter, jedoch vielen besser gehen.

Die deutsche Einheit ist ohne Steuererhöhungen realisierbar.

Direkt nach der Wahl blieb von den Wahlversprechen wenig übrig.

In den 5 neuen Bundesländern fehlt vielen die Perspektive. Der versprochene Aufschwung geht in tiefe Täler. Eine für die Bürger bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte Errungenschaft des neuen Wirtschaftssystems - die Arbeitslosigkeit - betrifft nahezu jede Familie. Der Zusammenbruch der heimischen Wirtschaft wird von der Treuhandanstalt und den westdeutschen Unternehmen billigend in Kauf genommen. Die Bundesregierung verkündet stolz, daß die Mieterhöhung nur 400% statt 700% betragen wird. Preise für Konsumgüter übersteigen in vielen Fällen das Westniveau, während die Einkommen gerade die Hälfte und weniger davon betragen.

Skrupellose Geschäftemacher gehören zu den wenigen, denen es besser geht - auch hier wieder auf Kosten der Mehrheit und des Solidaritätsge-

dankens, der zum Neuaufbau unbedingt erforderlich ist.

Aber auch im Westen sehen sich die Bürger von der Bundesregierung getäuscht. Die "Steuerlüge" konnte nur 3 Monate überleben.

Heute steht fest, ohne z.T. drastische Steuererhöhungen wird es keinen Aufschwung im Osten unserer Republik geben. Dies wäre nicht das Problem, denn wer - wie wir - die Einheit will, muß seinen Beitrag dazu leisten. Die Verteilung der Lasten ruft jedoch unseren Widerspruch und Widerstand herauf. Wiederum sind es die Arbeitnehmer, Rentner und "Sozial Schwachen", die die Hauptlast tragen sollen. Die Unternehmen, die sich ihrer Aufbauleistung im Osten zum großen Teil entziehen, tun dies auch bei der Finanzierung. Im Gegenteil, sie beharren auf steuerlichen Entlastungen, die unter anderen politischen wie wirtschaftlichen Bedingungen beschlossen wurden.

Heute bekennt die Bundesregierung, die Situation zum Zeitpunkt des Wahlkampfes falsch eingeschätzt zu haben und daß die Einheit höhere Belastungen als vorhergesagt mit sich bringt. Dies kann und darf jedoch keine Entschuldigung sein. Von einer verantwortungsvollen Politik muß man den Weitblick verlangen, vor kurzfristigen und -sichtigen Wahlkampfparolen die Probleme zu erkennen und aufzubereiten.

Mit einem wie von der Bundesregierung geführten Wahlkampf ist das erforderliche Vertrauen in die Politik schwer beschädigt worden.

Gerade nach 40 Jahren politischer Unmündigkeit müssen die neuen Bundesbürger aber Vertrauen in die Demokratie gewinnen, wollen sie diese als die bessere politische Alternative akzeptieren.

Aber auch im Westen führt eine solche auf politische Machterhaltung ausgerichtete Politik zu Vertrauensverlusten und verstärkt die vielfach zitierte Politikverdrossenheit und Staatsmüdigkeit.

Insgesamt haben die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien mit ihrem Wahlkampf der Demokratie einen Bären dienst erwiesen.

Werner Röhre

Gefahr, daß über die strittige Frage nach der Kostenträgerschaft bei der Finanzierung der Aufwendungen die eigentliche soziale und sozialpolitische Problematik der Pflegebedürftigkeit und die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen vergessen wird. In einer in Heft 2/1991 der WSI-Mitteilungen veröffentlichten Untersuchung weist das WSI darauf hin,

Pflegenotstand überwinden:

Pflegeversicherung in Anlehnung an die Krankenversicherung notwendig

Die aktuelle Diskussion über den richtigen Weg zur sozialpolitischen Absicherung des Pflagerisikos läuft

daß eine Neuregelung der Finanzierung der ambulanten wie der stationären Pflege vor allem dazu beitragen muß, den Pflegenotstand zu bekämpfen.

Schon jetzt - so der Autor G. Bäcker - sind die Familien bei der häuslichen Pflege überlastet. Die Lasten tragen die Frauen, d.h. die pflegenden Töchter, Schwiegertöchter, Ehefrauen, denen ein vielfältiger Verzicht zugemutet wird. Da das Angebot ambulanter Pflegedienste nach wie vor völlig unzureichend ist, findet eine aktivierende und rehabilitative Pflege kaum statt. Nur 20 v.H. der zu Hause lebenden Pflegebedürftigen werden durch ambulante Dienste unterstützt. Auch bei der stationären Pflege sieht das Bild düster aus. Der Personalnotstand ist nicht überwunden, sondern verschärft sich. Ganze Abteilungen müssen schließen. Die Pflege genügt in vielen Fällen noch nicht einmal den Mindestanforderungen. Die Arbeitsbedingungen und -Belastungen des Pflegepersonals sind unzumutbar.

Die Untersuchung plädiert vor dem Hintergrund dieser Zustandsbeschreibung für ein sozialpolitisches Sicherungskonzept, das

- möglichst umgehend wirksam wird,
- alle Pflegebedürftigen umfaßt,
- die pflegenden Familien entlastet und stützt,
- eine massive Aufstockung der ambulanten Pflegedienste und eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Heimatpflege ermöglicht, und
- das die enge Verbindung zwischen Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege gewährleistet.

Das WSI kommt zu dem Ergebnis, daß eine Absicherung über eine freiwillige oder auch obligatorische Privatversicherung diese sozialpolitischen Mindestziele nicht erfüllen kann. Eine auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhende Privatversicherung, die erst in 15-20 Jahren greift, nämlich dann, wenn die in der Ansparphase thesaurierten Mittel zur Verfügung stehen, hilft den Betroffenen überhaupt nicht. Dazu ist allein die im Umlageverfahren finanzierte, eng an die Krankenversicherung angebundene Pflegeversicherung in der Lage. Der Versuch, die Privatversicherung ins Geschäft zu bringen, ist zwar aus Sicht der Versicherungsunternehmen zu verstehen, da hier ein lukratives Geschäft und ein Millionenpotential neuer Kunden winkt. Aber der Ausschluß eines existentiellen sozialen Risikos aus der Solidargemeinschaft widerspricht dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Die Untersuchung läßt erkennen, daß bei den ambulanten Pflegehilfen die Sachleistungen Vorrang vor dem Pflegegeld haben müssen. Ziel muß es sein, die Pflegenden durch professionelle Hilfen von außen zu entlasten und die Pflegequalität zu sichern. Die Zahlung von Pflegegeldern beinhaltet dagegen die Gefahr, daß sie zur Verbesserung der Haushaltseinkommen genutzt würden und dem Pflegebedürftigen womöglich gar nicht zugute kommen. Erste Erfahrungen mit den Pflegehilfen nach dem Gesundheitsreformgesetz haben gezeigt, daß gerade einkommens-

schwache Familien auf Geldleistungen drängen. Diese Erfahrungen machen aber auch deutlich, daß es kein der Nachfrage entsprechendes Angebot an professionellen Pflegediensten gibt und daß ein Angebot an Einrichtungen zur Kurzzeitpflege völlig fehlt. Lediglich über das Sachleistungsprinzip ist es möglich, hier zu einer schnellen und bedarfsgerechten Angebotsausweitung zu kommen.

Karl-Heinz Jungmann

Großer Bedarf an Pflegeplätzen

Pflegebedürftige Personen werden immer seltener zu Hause betreut und sind zunehmend auf einen Pflegeplatz im Heim angewiesen. Das entsprechende Angebot hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt. Der Bedarf ist damit allerdings noch nicht gedeckt, denn über zwei Millionen Menschen in der alten Bundesrepublik sind auf Pflege angewiesen. Ein weiteres Problem stellt die Finanzierung des Heimaufenthaltes dar. Wegen geringer Einkünfte erhalten rund 70 Prozent der Altenheimbewohner Sozialhilfe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung

- Wichtig für Mütter und Väter des Geburtsjahrgangs 1945 -

Seit 1986 können bei Personen der Geburtsjahrgänge 1921 und später Zeiten der Kindererziehung bis zu einem Jahr je Kind in der Gesetzlichen Rentenversicherung des bisherigen Bundesgebiets als Versicherungszeit rentenbegründend und rentensteigernd berücksichtigt werden. Für ältere Mütter gelten die Regelungen des Kindererziehungsleistungsgesetzes.

Die Rentenversicherungsträger haben kürzlich die Angehörigen des Jahrgangs 1945 sowie nochmals die Berechtigten der Jahrgänge 1921 bis 1944, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, aufgerufen, die Anerkennung der Kindererziehungszeiten zu beantragen. Dies gilt nicht für Versicherte mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. Der Aufruf der Jahrgänge ab 1946 erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Mütter, die bereits eine Versicherungsnummer der Gesetzlichen Rentenversicherung haben, werden von Amts wegen angeschrieben und brauchen sich daher nicht zu melden.

Wer bereits in der Gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, muß die Kindererziehungszeit bei dem

Versicherungszweig geltend machen, zu dem er den letzten wirksamen Beitrag entrichtet hat, auch wenn dieser mittlerweile erstattet worden ist. Wer bisher nie versichert war, hat die Wahl, die Kindererziehungszeit entweder in der Arbeiterrentenversicherung oder in der Angestelltenversicherung geltend zu machen.

Ist ein Kind von mehreren Personen gleichzeitig erzogen worden, kann die Kindererziehungszeit nur bei einer von ihnen, beispielsweise auch beim Vater, angerechnet werden.

Berechtigte, die ihre Kindererziehungszeit geltend machen, sollten sich wenden an

- eine Auskunfts- und Beratungsstelle oder einen Versichertenältesten ihres Rentenversicherungsträgers,
- ihr Versicherungsamt (Anschrift ist bei Gemeinde-, Stadt- und Ortsverwaltung bekannt),
- ihre Gemeinde- oder Stadtverwaltung,
- ihre Ortsbehörde.

Dort liegen auch Merkblätter bereit.

Standardwerk vergriffen

Laut Mitteilung des Droste-Verlages ist das Standardwerk "Das Reichsbanner" (Band 34: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus) von Karl Robé vergriffen und wird auch nicht neu aufgelegt.

Es wird gebeten, von weiteren Bestellungen abzusehen, da auch der OV Bad Homburg über keine Bestände mehr verfügt.

B. Keiling

Die meisten Empfänger in Heimen

Die Ausgaben der Sozialämter für Pflegebedürftige haben sich innerhalb von 20 Jahren verzehnfacht. Dagegen stieg die Zahl der Empfänger nur auf etwas mehr als das Doppelte an. Die finanzielle Unterstützung des einzelnen Pflegefalls ist demnach teurer geworden. Höchste Zeit also, die Diskussion über eine zu schaffende Pflegeversicherung zu beenden und Nägel mit Köpfen zu machen.

Der überwiegende Teil der Pflegeausgaben geht an Personen in Heimen. 1989 waren es 86 Prozent, aber nur die Hälfte der Empfänger dieser Sozialleistungen lebt in Einrichtungen. Die Hilfe geht also größtenteils an den Familien mit Pflegebedürftigen vorbei.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Fachkraft oder Pflegegeld ab 1991

Die Zahl der Schwerst- bzw. Schwerbehindertenpflegebedürftigen in der Bundesrepublik (1988 etwa 630.000) steigt von Jahr zu Jahr. Immer höher wird auch die Anzahl der Einweisungen in Pflegeheime.

Um den Pflegebedürftigen die heimische Umgebung zu erhalten und gleichzeitig die hohen Kosten für Heimaufenthalte zu verringern, sieht das Gesundheitsreformgesetz die Unterstützung der häuslichen Betreuung von Schwerpflegebedürftigen vor. Seit 1. Januar 1989 zahlen die Krankenkassen eine Urlaubsvertretung, damit sich die pflegende Person erholen kann. Bis Mitte 1990 haben die Kassen dafür rund 103,6 Millionen DM ausgegeben. Ab 1991 kommt eine monatliche finanzielle Unterstützung dazu: Wahlweise kann eine Fachkraft bestellt oder eine pflegende Person im Hause unterstützt werden.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA)

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main

"Das Reichsbanner ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Presereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.